

KeinE soll das Land regieren!

Emanzipatorische Herrschaftskritik



www.herrschaftsfrei.de.vu

Das Prinzip Herrschaft - Eine Einführung

Jared Diamond ist Umweltschützer. Bevor er Journalist wurde, arbeitete er in verschiedenen Führungspositionen des WWF (World Wildlife Fund). Bei einem Inspektionsbesuch im Ölfeld Kutubu in Papua-Neuguinea fällt ihm angeblich auf, dass die betreibende Firma Chevron die Umwelt in der Umgebung sehr sensibel behandelt. Er befragt Mitarbeiter_innen des Konzerns, warum in Kutubu so viel Geld in eine ökologisch vertretbare Ölförderung investiert werde, anstatt die Ressourcen auszubeuten.



Die Antwort überrascht nur auf den ersten Blick: „Wir haben erkannt, dass in Papua-Neuguinea kein Projekt auf lange Sicht erfolgreich sein kann, wenn man damit die natürlichen Ressourcen nutzen will und sich nicht die Unterstützung der Grundbesitzer und Dorfbewohner gesichert hat. Wenn diese den Eindruck haben, dass ihr Land und ihre Nahrungsmittelproduktion durch Umweltschäden gefährdet sind, würden sie das Projekt stören, und zum Abbruch zwingen. Die Zentralregierung ist nicht in der Lage, solche Störungen durch die Grundbesitzer zu verhindern. Also mussten wir klug vorgehen.“ Papua-Neuguinea ist eine dezentrale Demokratie mit schwacher Zentralregierung mit wenig Polizei- und Militäreinheiten.



Öl für Chevron oder Ressourcen für Alle?

Der Sinn von Regierungen

Das Beispiel macht sehr deutlich, wozu Regierungen und Herrschaft nützlich sind: Sie ermöglichen Einigen, die Folgen einer Entscheidung Anderen aufzudrücken. In diesem konkreten Beispiel geht es um die Entscheidung des Vorstandes des Chevron-Konzerns, an einem bestimmten Ort Öl zu fördern. Der Gewinn aus dem Unternehmen wird bei den Chevron-Aktionären in der westlichen Hemisphäre landen, die negativen Folgen hingegen bleiben bei den lokal Betroffenen in Papua-Neuguinea. Nur weil es keinen durchsetzungsfähigen Polizei- oder Militärapparat gibt, der Chevron von den Folgen seines Handelns isolieren könnte, ist der Konzern gezwungen, auf die Betroffenen Rücksicht zu nehmen. In anderen Gegenden der Welt hingegen, wo es durchsetzungsfähige Regierungen mit starken Polizei- und Militärapparaten gibt, würden Chevrons zerstörerische Praktiken im Zweifelsfalle mit Gewalt gegen protestierende Landesbewohner_innen durchgesetzt.

Begriffsdefinition „Herrschaft“ bei wikipedia

Der Begriff „Herrschaft ist auch für wikipedia schwer fassbar: „Herrschaft ist sozialwissenschaftlich nach dem deutschen Soziologen Max Weber wie folgt definiert: "Herrschaft soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden". Im Unterschied zu seiner Definition der Macht (die er als soziologisch *amorph*, also formlos bezeichnet) setzt Herrschaft ein be-

Widerstand gegen Vollzugsbeamte

Kommt es zu Gewalttaten von Polizeibeamt_Innen, so sehen sich die Betroffenen fast immer zusätzlich mit dem Vorwurf des „Widerstandes“ konfrontiert, da nur so die Täter_Innen ihre Gewalttaten legalisieren können. Auch in Gerichtsverfahren schützt die Justiz fast immer die Exekutive, außer die Betroffenen stehen in der sozialen Hierarchie sehr weit oben. Eine Fallsammlung unter www.superpolizeizeugen.de.vu

Mittel zum Zweck?

Das Wirkungsprinzip von Herrschaft ist es, Umstände zu schaffen, in denen es für eine begrenzte Anzahl Privilegierter möglich wird, die Folgen ihres Handelns auf Andere abzuwälzen. Dies geschieht zum einem durch den Zugriff auf Ressourcen, aber auch um diesen abzusichern. Diesem Paradox entspringt der abstrakte Charakter von Herrschaft. Es geht zum einem um die Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen, und gleichzeitig werden diese wieder genutzt, um den bevorzugten Zugriff auf diese abzusichern. Somit verkommt das Mittel zum Zweck strukturell zum Selbstzweck.

Weitere Formen von Herrschaft

Oftmals ist Herrschaft nicht so offensichtlich, da es außer direkter Gewaltanwendung noch andere, teilweise sogar effizientere Methoden gibt, die Folgen einer Handlung auf andere Menschen abzuwälzen und diesen Zustand dauerhaft abzusichern.

Institutionelle Herrschaft

Institutionelle Herrschaft beschreibt ein Gewaltverhältnis, dass auch auf formeller Ebene dauerhaft abgesichert ist. Beispiel: Polizist_Innen dürfen andere Menschen Kraft ihres Amtes schlagen und misshandeln, um diese zu bestimmten Handlungen zu zwingen. Dies ist auch gesetzlich und juristisch abgesichert. So werden z.B. Opfer von Polizeigewalt regelmäßig von Gerichten zusätzlich wegen **Widerstand gegen Vollzugsbeamte** bestraft. Eine weitere Form von institutioneller Herrschaft stellen

viele hierarchische Positionen dar, in welche die Gesellschaft formell gegliedert ist.

Informelle Herrschaft

Formal sind alle gleich, doch real gibt es bestimmte Personen, die durchsetzungsfähiger sind: Die typische Situation in Demokratie und basisdemokratische Plena. Bei Verfahren der informellen Herrschaft entscheiden weniger konkrete Gewaltverhältnisse, als vielmehr ideelle Vorteile wie Informationsvorsprung, die Steuerung von Informationsflüssen, Vernetzung und geschickte Absprachen im Vorfeld, wer die Folgen einer Entscheidung ausbaden muss.

stimmtes Maß an Dauerhaftigkeit voraus, sie ist eine institutionalisierte Form von Über- und Unterordnung (Subordination), die jedoch keinerlei hierarchische Strukturen voraussetzt. Dadurch, dass Weber ein Minimum an Gehorsam voraussetzt, geht seine Definition über die von Karl Marx hinaus, dessen Herrschaftsbegriff auf Macht basierte. Ähnlich meint Franz Oppenheimer mit Herrschaft eine Beziehung zwischen zwei rechtsungleichen sozialen Klassen. Er unterscheidet mit Otto



Die ineffizienteste Form von Herrschaft

Mehr zum Thema:

Ohne Herrschaft ginge vieles nicht-Gut so! (Jörg Bergstedt)

<http://www.opentheory.org/herrschaftsfrei/text.plhtml>

Herrschaft ausmachen (Schöner leben GÖ) www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/sl_herrschaft.html

Freie Kooperationen (Christopf Spehr) www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/spehr/ag.htm

Bolo bolo (herrschaftskritische Utopie trotz nihilistischem Menschenbild)

www.baraka.de/bolo-bolo/idee.html

Herrschaftsfrei wirtschaften <http://www.projektwerkstatt.de/hefte/0wirtschaften.html>

Diskursive Herrschaft

Jemand wird zu etwas gezwungen, und findet das im Prinzip auch ok. Ein Fall von diskursiver Herrschaft. Dieser Begriff ist sehr abstrakt und nur schwer fassbar. Im Kern geht es um die Kunst, dafür zu sorgen, dass die Beherrschten ihre Unterprivilegierung zum einen nicht realisieren, und zum anderen die dem zugrunde liegenden Prinzipien als "gut und wünschenswert" wahrnehmen. Diese Zustimmung zu Herrschaft wird über den "Diskurs" organisiert. Aus der Summe von Werten, Überzeugungen und Meinungen in einer Gesellschaft, die bestimmen, was als "gut und wünschenswert" wahrgenommen wird, leitet sich unmerklich die Akzeptanz für Herrschaftsübergänge ab. Den konkreten Herrschaftsübergang zu kritisieren, ist fast nicht mehr möglich, ohne auch die dahinter stehenden Normen und Werte zu attackieren.

Herrschaft ist komplex

Oft liegt nicht ein genau zu definierendes Herrschaftsverhältnis vor, sondern mehrere. Vielfach überschneiden sie sich, oder stehen sogar in Widerspruch zueinander. Herrschaft ist selten personalisierbar, da sie nicht an konkreten Personen hängt, sondern an deren gesellschaftlicher Funktion. Nur das Austauschen eines Führers ändert nichts an den gesellschaftlichen Umständen, die diese Herrschaftsform hervorbrachten. Zudem profitiert fast jede Person durch die Verschränkung von Herrschaftsverhältnissen in irgendeiner Form von der Existenz des Prinzips „Herrschaft“.

Jared Diamont: Profiteur und Akzeptanzbeschaffer

So kann sich Jared Diamont z.B. über das Verhalten der indonesischen Regierung aufregen, und gleichzeitig als Mann von der strukturellen Diskriminierung von Frauen profitieren. Und wenn er die Polizei ruft, kann er als weißer vermögender Journalist sicher sein, dass diese bei gesellschaftlichen Problemen auf seiner Seite stehen wird. Dass der Laptop und das Handy in seiner Tasche nur bezahlbar sind, weil im Kongo Bürgerkrieg um Coltan-Minen herrscht, ist ihm vielleicht sogar überhaupt nicht bewusst. Und wenn doch, zieht Jared Diamont vielleicht gerade deshalb nicht den nahe liegenden Schluss, alle Regierungen zu stürzen, weil er von wirtschafts- und herrschaftsförmigen Problemlösungsversuchen, wie sie vom WWF propagiert werden, kurzfristig profitieren kann. Vielleicht erwähnt er deshalb die umweltschädlichen und menschenfeindlichen Ölförderungspraktiken Chevrons in Ecuador nicht.

Menschenrechte und Öl in Papua-Neuguinea:

http://de.wikipedia.org/wiki/Chevron_Corporation

Mehr zu Chevron und Jared Diamont:

www.efriz.ch/cgi/sfc.pl?a=/sys/htm/menu.html&b=/archiv/003/t-6.html

von Gierke die Herrschaft als vertikale Sozialbeziehung von der Genossenschaft als horizontale Beziehung. In der Geschichtswissenschaft ist Herrschaft die Ausübung der Macht über Untergeordnete und Abhängige durch Machtmittel. Herrschaft ist nur legitim, wenn über dem Herrscher und dem Beherrschten stehende Rechte zur Machtausübung eingehalten werden. Der Ursprung der Herrschaft ist in der Hausherrschaft (Gewalt des Hausherrn über die Hausgenossen) zu suchen.“

Demokratie: Herrschaft jetzt besonders clever!

Demokratie bedeutet „Volksherrschaft“. Das heißt, Demokratie braucht immer den Bezug auf ein angebliches Kollektiv wie Volk, Gruppe, Basis, etc. Das geht nur mit Grenzen, Zwangszugehörigkeit und Zwangsausgrenzung von Menschen. Zudem gehört zur Demokratie der Glaube an gewählte Vertreter:innen, die genau die Interessen des „Volkes“ vertreten. Selbst wenn das so wäre, hätte dies nichts mit einer befreiten Gesellschaft oder friedlich/ freiheitlichem Zusammenleben zu tun, denn auch die Interessen einer Mehrheit müssen gegen die Anderen notfalls mit Gewalt durchgesetzt werden.



Theorie und Praxis

Viele Menschen sind gar nicht wahlberechtigt: Kinder, MigrantInnen und Entmündigte dürfen nicht wählen, die Gesetze gelten aber trotzdem für sie. Zudem ist die Wahlbeteiligung nie 100%, sondern eher bei 30-80%. Vergleicht mensch die auf eine Bürgermeister_In entfallenen Stimmen mit der Einwohnerzahl, stellt sich heraus, dass sie nur einen Bruchteil der Menschen der Stadt vertritt. Selbst wenn gewählte Interessensvertreter_Innen von der Mehrheit der Menschen ge-

wählt werden würden, müsste „das Volk“ sie per Gedankenübertragung steuern, damit die Parlamentarier_Innen die Interessen „des Volkes“ vertreten könnten. Dass dem offensichtlich nicht so ist, sieht mensch z.B. daran, dass die Mehrheit der Menschen in D-Land gegen Gentechnik ist, und es trotzdem Anbaugelände mit Gempflanzen gibt. Auch ist die Mehrheit gegen Atomkraftwerke, aber es gibt sie trotzdem.

Demokratische Prinzipien sind im Zweifelsfall egal

Die wenigsten Menschen in D-Land haben Einfluss auf ihre Umgebung. Die wichtigen Entscheidungen werden nur von einer Hand voll Leute getroffen. Und all die „verbürgerten Grundrechte“, die jedem angeblich zustehen, sind einerseits jederzeit einschränkbar, und andererseits ohne Geld kaum zu praktizieren. Kaum jemand kann sich einen TV-Sender oder die Herausgabe einer Zeitung leisten. Weitere Ausschlussbeispiele durch das Kriterium „Geld“ sind Verwaltungs- und Gerichtsgebühren oder Mobilität.

Wahlen behindern Selbstorganisation

Anstatt das Leben selbst in die Hand zu nehmen und sich selbst zu organisieren, macht mensch sein Kreuz bei einer Protestpartei. Das ändert dann ungefähr gar nix. Aber durch die Illusion einer Beteiligung ist mensch für die nächsten vier Jahre ruhig,

Müllsammeln gegen Wahlen

Hierbei handelt es sich um eine Mischung aus klassischem Straßenprotest, und verstecktem Theater. Eine „normal“ aussehende Person steht am Wahlwerbstand und liest, diskutiert, etc. Eine zweite Person kommt dazu. Sie trägt einen Müllbeutel und ein Schild: „Leere Wahlversprechen bitte hier einwerfen!“ und beteiligt sich sehr provokant an der Diskussion der anderen. Nach und nach gelingt es, Person 1 zu

Die 1. Wiener Wahlkampfplotterie fand 2006 anlässlich der Angelobung des österreichischen Kanzlers Gusenbauer statt. Eine Person schritt zwischen den Protestant_Innen oder Polizist_Innen entlang, und versuchte mit Marktschrei-Methoden wie Lose aussehende „Wahlversprechen“ unter die Leute zu bringen. Die Wahlversprechen entpuppten sich selbstverständlich alle als Niete. Aber mensch könne ja noch mal ziehen. Doch auch das nächste Los ist eine Niete. Aber mensch könne ja noch mal ziehen.

denn mensch hat „Damit“ ja nichts zu tun. Wahlen sublimieren also Protestpotential anstatt es aufzuzeigen. Auch der Gedanke, das „Auserwählte“ besser als die Betroffenen wüssten, was „gut und wünschenswert“ für sie sei, ist nicht nachvollziehbar.

Demokratie als bequeme Wunschvorstellung

Demokratie ist bequem. Denn wenn eine Gewählt_E sich um meine Angelegenheiten kümmert, brauche ich das nicht mehr selber tun und mich selbst organisieren. Wenn mich eine LehrerIn scheiße behandelt, erwarte ich, das mein Klassensprechi mich rettet, anstatt dass ich der Person selber die Leviten lese. Wenn mein Boss scheiße ist, erwarte ich, das meine Betriebsrät_In hilft, anstatt dass ich mit meinen Kolleg_Innen streike. Wenn meine Polit-AG übergangen wird, erwarte ich, dass meine Sprecher_In den Fall ins Plenum bringt, anstatt dass ich direkt mit den „Übergehern“ rede. Dies zeigt deutlich, wie Stellvertretungspolitik Selbstorganisation und horizontale Vernetzung behindert.

Links wählen oder Boykott?

Jedoch sollte sich politisches Handeln nicht auf „links wählen“ vs. „Wahlboykott“ reduzieren. Wahlen sind wunderbare Anlässe, um Herrschaft aufzudecken und zu kritisieren, und Utopien jenseits von Herrschaft, Stellvertretung und Nationsmythos anzuregen.



Da die Funktion von Wahlen u.a. darin besteht, eine Akzeptanz für das Herrschaftssystem im eigenen Land (und verstärkt auch international) herzustellen, tritt diese Funktion oft auch ungewollt im Wahlkampf zu Tage. Umso leichter ist es, die „Akzep-

überzeugen. Durch gute Vorbereitung ist es auch möglich, dass die „normale“ Person als Stichwortgeber_In in Gesprächen mit anderen Beteiligten agieren kann. Am Ende kommt dann das Finale: Der AktivistIn und die „überzeugte“ Person sammeln gemeinsam zum Entsetzen der Parteisoldaten die „Wahlversprechen“ (Flugblätter, usw.) vom Infostand und entsorgen diese in den extra dafür mitgebrachten Müllbeutel.

Und währenddessen beginnt der zweite Aktivist immer bohrender nachzufragen, warum die Person eigentlich das Spiel immer noch mitspielt, obwohl sie doch wüsste, dass alle Wahlversprechen Nietenspiele sind... Und der Losverkäufer versucht mit immer platteren Kommentaren, seine Lose loszuwerden. Gut ist, wenn es je nach Zielgruppe unterschiedliche Losbeutel gibt: Gebührenfreies Studium für Student_Innen, Keine Überstunden mehr für die Polizei...

tanzbeschaffungsfestscheitern“ für kreative Aktionen gegen Herrschaft zu instrumentalisieren, zumal sich selten so gute Steilvorlagen zum Thematisieren von Herrschaft und Stellvertretung bieten. Einige Beispiele werden im Folgenden erörtert.

Plakate verändern

Mit Überklebern und Filzstift können die Aussagen von Plakaten verändert werden. Manchmal reicht ein Wort, um die Bedeutung der ursprünglichen Aussage zu verkehren. Im Vorfeld der NATO-Tagung tauchten in München massenweise Plakate des Oberbürgermeisters auf, auf denen „Wir unterstützen Mieter“ in „Wir unterstützen Mörder“ verändert war.



Mit Superkleber im Türschloss blockiertes Wahllokal in Wetzlar 2006

Wahlveranstaltungen "sprengen"

Wahlveranstaltungen zu verhindern erweist sich aufgrund verstärkter Sicherheitsvorkehrungen als schwierig. Viel weniger Aufwand entsteht, wenn „Fans“ der jeweiligen Politiker_Innen auftaucht: Mit Jubelorgien, endlosem Applaus und Sprechchören ist schon manche Wahlveranstaltungen vor Ort gesprengt worden, weil die Redner_Innen irgendwann entnervt aufgeben. Andere bevorzugen Farbbeutel, um ihre Sympathie auszudrücken, und auch das „Torten“ von Politiker_Innen gelingt immer wieder.

Wahllokale zur Bühne verwandeln

Durch verstecktes Theater Diskussionen in Wahllokalen oder Wahlwerbbeständen anzetteln: „Normal“ aussehende Leuten gehen rein, eine Hälfte will wählen, andere Gruppe will nicht wählen, ein Streit beginnt. Am Ende lässt sich Gruppe 1 davon überzeugen, für ein schönes Leben aktiv zu werden. Dabei so verhalten, dass unbeteiligte Menschen möglichst mit einbezogen werden und ihr gemeinsam über Demokratiekritik diskutiert. Je besser die Vorbereitung der Argumente, desto leichter die Diskussion.

Kritische Web-Site gegen „Mehr Demokratie“: www.demokratie-total.de.vu

Demokratie heißt Herrschaft www.projektwerkstatt.de/demokratie/herrschaft.html

Demokratie. Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung.
www.projektwerkstatt.de/demokratie/buch.html

Aktionen gegen Wahlen www.wahlquark.de.vu

Die Qual der Wahl

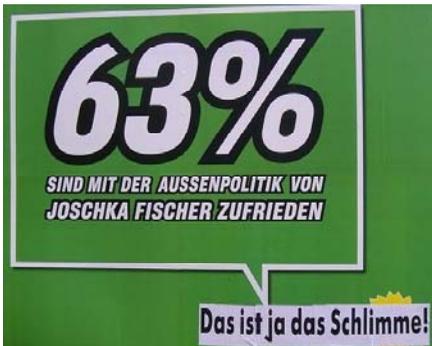
Alle Jahre wieder kommt die Wahl. Und damit die Diskussion, was denn nun besser sei: Eine SPD, die Krieg führt, die Armen ärmer und die Reichen reicher macht, oder eine CDU, die Krieg führt, die Armen ärmer und die Reichen reicher macht. Ein Artikel für alle, die meinen, dass Wahlen nix verändern und Politik trotzdem nicht egal ist.



Das kleinere Übel?

Eine mögliche Argumentation besagt: „Wähl das kleinere Übel!“ Also irgendwie SPD, Grüne oder Linkspartei. Was bei der SPD vom kleineren Übel zu halten ist, zeigt sich seit 1998: Ein ach so migranten-freundliches Zuwanderungsgesetz, das fast nur repressiv angewandt wird (taz-Artikel vom 30.5.05). Ein arroganter Kanzler, der „Abweichlern“ mit Rücktritt drohte. Ein Innenminister, der unter dem Vorwand der „Terrorbekämpfung“ jede Menge Bürgerrechte abbaute, und

selbst von Rechtspopulisten nicht mehr rechts zu überholen war. Und die Agenda 2010, wo „Reform“ mit „Sozialstaat abschaffen“ zu übersetzen ist.



Für die eigene Politik nicht verantwortlich?

Bei den Grünen ist der Fall schon komplizierter gelagert, denn irgendwie schaffen es die grünen Politprofis, dass alle Welt glaubt, sie hätten mit der eigenen Politik nichts zu tun. Und das politische Gedächtnis der meisten Wähler_Innen reicht nicht gerade weit zurück. Sonst wäre mehr Leuten aufgefallen, dass die Grünen mal den „sofortigen Ausstieg aus der Atomkraft“ versprochen, und seit 98 noch mindestens 40 Jahre lang

Atommüll (also noch mal so viel) produziert wird. Von den weiteren 40 Jahren mit Chancen auf einen GAU mal ganz zu schweigen. Wer von den Grünen irgendwie „linke“ Sozialpolitik erwartet, wird ebenfalls enttäuscht werden: Erstens waren die Grünen auch für die Agenda 2010, und auch im neuen Wahlprogramm bekennen sich die Grünen zu „der Notwendigkeit von marktwirtschaftlichen Reformen“. Doch der Oberhammer war 1999. Joseph Fischer, Deutscher Außenminister, rechtfertigt und legitimiert den ersten „heißen“ Kriegseinsatz deutscher Kampfeinheiten nach dem zweiten Weltkrieg (Kosovokrieg 1999), obwohl im Parteiprogramm noch Pazifismus drinstand. Das wurde erst nach Kriegsbeginn geändert.

Bundestagswahl 2005 in Husum

Im Vorfeld der Bundestagswahlen kam es zu vielfältigen, herrschaftskritischen Aktionen. Verschiedene Strategien wurden von verschiedenen Aktivist_Innen angewandt. Einige nutzten Subversion, um Wahlplakate täuschend echt umzugestalten, sodass diese statt platter Wahlwerbung herrschaftskritische Positionen verkündeten. Andere sprühten lieber mit Schablonen kritische Graffiti auf alles, was sie fanden.

Gesetze sind das Produkt von Parlamenten. Sie werden von wenigen gemacht, damit alle sie befolgen müssen. Gesetze zu verabschieden macht nur dann Sinn, wenn es auch eine Exekutive gibt, die die Einhaltung der Gesetze im Bedarfsfall mit Gewalt und Zwang durchsetzt. Folglich sind Gesetze ohne Zwang und Gewalt gegen diese nicht akzeptierenden Minderheiten nicht denkbar. Zusätzlich ist es notwendig, dieses Ver-

Protest und regieren?

Die Linkspartei schaffen einen bemerkenswerten Spagat: Nennen sich Partei des Demokratischen Sozialismus, werden dafür vom Verfassungsschutz beobachtet und sind so revolutionär wie ein Glas Milch im Kühlschrank. Z.B. agitierte die (damals noch) PDS gegen die EU-Verfassung, damit die Berliner PDS-Vertreter im Bundesrat dann zustimmen können. Erst gebärdet sich die PDS als die Mega-Bürgerrechtspartei, und dann setzt die Linkspartei in Berlin die „Otto-Kataloge“ (neue Sicherheitsgesetze nach dem 11.9.) bereitwillig um. Der Oberhammer war aber Hartz IV:



Bundesweit rennt die PDS auf allen Montagsdemos vorneweg und ruft Angestellte und Betroffene der Bundesagentur für Arbeit zur Sabotage auf, und die Berliner Sozialdezernentin (PDS) bringt sich konstruktiv mit effizienzsteigernden Vorschlägen ein. Davon, dass sich der Wahlkampflogan: „Arbeit muss das Land regieren“ explizit positiv auf Herrschaft bezieht, einmal ganz zu schweigen.

Was wäre...

Nun eine von diesen spekulativen „Was wäre wenn Überlegungen“: 1999, es herrscht eine konservative Regierung. Und die erklärt nun, dass sie gedenkt, sich an einem NATO-Angriffskrieg ohne UN-Legitimation zu beteiligen, noch dazu auf ein Land, das vor 50 und 75 Jahren von der Deutschen Armee bereits verwüstet wurde. Ich denke, man kann sich vorstellen, wie Gerd und Joseph entrüstet aufgesprungen wären, um ihren ganzen Partei-Apparat in Stellung zu bringen. Wie die SPD-nahe Presse dieses Geschenk genutzt hätte, um der CDU nachzuweisen, wie revanchistisch, faschistisch und großmachtssüchtig sie sei. Doch wir wissen ja: Es war anders. Rot-Grün war an der Macht. Und wie sollen CDU und FDP auf einmal erklären, dass sie Krieg, Revanchismus und Wirtschafts imperialismus scheiße finden? Mit einer konservativen Regierung hätten deutsche Bomber vielleicht keine Menschen in Serbien zerfetzt, weil der Druck der Straße groß genug gewesen wäre. Vielleicht. Vielleicht auch nicht. Auf jeden Fall wäre mehr Widerstand auf den Straßen gut gewesen, um das Thema „Neu-

Andere wiederum wählten die heftige Gangart, und attackierten wiederholt die Husumer Parteizentralen mit Farbe, Slogans und Stinkbomben. Auch offene Aktionen fanden statt: Eine Aktivist_Innengruppe spielte wiederholt verstecktes Theater in der Innenstadt und formulierte dabei Kritik an Demokratie und Herrschaft. Die Wirkung der bunt gemischten Aktionen lässt sich in diesem Fall sogar empirisch belegen:

Die Wahlbeteiligung sackt um 14% ein. Nirgends im Land oder in der

halten als „krank“, „kriminell“ oder Ähnliches zu definieren, um die Akzeptanz der Gesetze aufrecht zu erhalten. Zusätzlich macht ein Denken in Gesetzen auch Strafe notwendig. Aber Strafe löst meistens nicht das Problem. Im Gegenteil: Strafe verstärkt das Risiko wieder straffällig zu werden.

www.projektwerkstatt.de/antirepression/justiz/strafe.html
www.projektwerkstatt.de/strafe/

er Deutscher Imperialismus“ bewusster zu machen.

„Links“ wählen?

Auch die Linkspartei wird nix ändern. Widerständige Politik kann nicht im Parlament stattfinden, da Macht korrumpiert. Beispiel: Joseph Fischer und Daniel Cohn-Bendit waren früher Straßenkämpfer für die Anarchie, heute reden sie im Parlament für ein neues erstmal nur wirtschaftlich starkes D-Land. Bei den Grünen fanden wenigstens Diskussionen statt, und viele basisdemokratische Verbände stritten um den richtigen Weg zum Glück, um langsam ihre soziale (außerparlamentarische!) Gestaltungsmacht gegen Parlamentsessel und Dienstwagen einzutauschen. Die Linke hingegen hat eine Handvoll Vordenker, die schnurrstracks ins Parlament rennen, um sich korrumpieren zu lassen. Dass mit Oskar Lafontaine ein ehemaliger SPD-Bundesfinanzminister jetzt den Linkspopulistenführer macht, beschleunigt diesen Prozess nur. Und dass bei einer Partei, die die Welt mit Gesetzen wieder gut machen will, nicht von Herrschaftsfreiheit gesprochen werden kann, liegt so auf der Hand, dass viele diesen Tatbestand schon wieder übersehen.



Statt Zynismus...

Zynisch gesprochen ergibt sich also das Bild, dass es in D-Land friedlicher, sozialer und ökologischer zugehen könnte, wenn die Konservative regiert, da die Konservative mehr Widerstand erzeugt, wenn sie Scheiße baut. Der SPD kommt hingegen zugute, dass sie ihrem Klientel sagen kann: „Seid ma ganz zufrieden mit Herrschaft, Krieg und Armut“, denn mit den Konservativen wird's noch schlimmer“. Stimmt. Wenn sich niemand wehrt.

...selber Alternativen schaffen!

Da CDU wählen nicht die Lösung sein kann, muss etwas Neues her. Zur Abwechslung vielleicht selber denken und selber handeln. Wozu brauche ich Politiker, um eine Fahrradspur auf der Hauptstraße zu malen? Wozu brauche ich Politiker, um einen neuen Grillplatz auf der Baulücke nebenan zu errichten? Wozu brauche ich Politiker, um die herrschaftskonforme Schule zuzumauern? Genau. Gar nicht. Selbstorganisation, Selbstverwaltung und Solidarität helfen besser als jede Wahl. Und herrschaftsfreier sind sie potentiell auch.

Mehr Kritik an Oskar Lafontaine: www.lafontaine.de.vu

Mehr Infos gegen Parteien und Wahlen: www.wahlkritik.de.vu

Zitate, usw zur Linkspartei: www.projektwerkstatt.de/aes/partei_wahlalternative.html

näheren Umgebung gab es ein derartiges Ansteigen der Nichtwähler_Innen wie 2005 in Husum. Mehr Infos zu den herrschaftskritischen Aktionen gegen die Bundestagswahl 2005 in Husum finden sich unter:

www.bundestagswahl-2005-husum.de.vu

Setz die Herrschaftsbrille auf!

Nur ein Teil alternativer Projekte scheitert am Konflikt mit dem Staat. Die meisten scheitern an sich selbst. Das hat zwar viel mit der Zurichtung der Menschen zu tun. Neben Mackerigkeit, Dominanzverhalten oder Unterwürfigkeit, dem Hang zur Akzeptanz geltender Gesetze und Normen, sowie die Angst vor der Übermacht von Repression und sozialem Umfeld wird der Kampf ums Materielle in viele Projekte geschleppt. Allerdings fehlt auch ein kreativer Umgang mit Hierarchien in den meisten Projekten.



Das Plenum

Wenn alle Beteiligten zusammensitzen, und alle über alles entscheiden, sind angeblich alle gleichberechtigt. Wird zumindest angenommen. So organisieren sich deshalb auch unpolitische Gruppen (Schulfestkomitee, Abiversammlung). Doch im Plenum herrscht alles andere als Gleichberechtigung. Plena fördern Eliten, Mackerigkeit und unsensibles Verhalten.

Herrschaft über die Köpfe

Die Einrichtung Plenum wird selten hinterfragt. Plenum steht bei vielen per Definition für Gleichberechtigung, Offenheit und für „Alle entscheiden Alles“. Da das in der

Realität nicht so ist, scheint der Glaube an das Plenum fast religiös. Da alle glauben, sie seien gleichberechtigt, haben es Eliten im Plenum zudem sehr leicht, ihre Interessen durchzusetzen.

Dominanzförderung

Im Plenum gibt es einige wenige Redner_Innen und viele Zuhörer_Innen. Da aber eigentlich alle reden könnten und angeblich selber schuld sind, wenn sie es nicht tun, profitieren die selbstbewussten, dominanten, durchsetzungsfähigen Menschen vom Plenum. Das Reden in Großrunden behagt vielen nicht, zumal wenn durch Tagesordnung und formale Ablaufregeln eine unpersönliche gezwungene Atmosphäre geschaffen wird. Außerdem ist häufig zu beobachten, dass Redebeiträge von Menschen, die gesellschaftlich als „stark“ (männlich, dominant, selbstbewusst) konstruiert sind, positiver aufgenommen werden, als Redebeiträge von Menschen, die als „schwach“ (Frauen, Kinder, Unstudierte, neu in der Gruppe) konstruiert sind. Zudem ist der unpersönliche Charakter eines Plenums ungeeignet, um eigene Ängste, Wünsche oder erlebte Diskriminierungen zu thematisieren. Daher bleiben intranspar-



Elite bezeichnet eine offene Dominanzgruppe ohne formale Vorrechte oder Ernennung (wie Vorstände usw.), aber mit besserem Zugang zu Ressourcen, Infos, Kontakten. Solche Netzwerke sind im Gegensatz zu Vorständen nach Außen kaum sichtbar, haben aber enormen Einfluss auf die laufenden Entscheidungen und Diskurse. Da Basisdemokratie mit diesem Herrschaftssystem vereinbar ist, sind Linke leicht zu integrieren

Transparenz

Oft sind Einladungen eher spärlich: Keine Unterlagen, keine Infos zum Stand der Dinge. Möglichkeiten zur Vorbereitung haben nur die Eliten. Deswegen kurz bekannt machen, wo es die Infos gibt oder gleich mitliefern. Spätestens auf dem Treffen sollte dann bekannt gemacht werden, was Stand der Dinge ist, wer vorab mit wem was beschlossen hat, wo es weiterführende Infos gibt. Vergebt Funktionen in Rotation.

entes Verhalten, Bevormundungen und andere Dominanzvorgänge oft unwidersprochen.

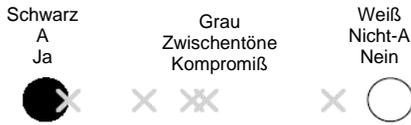


Schwarz/Weiß-Denken

- nur zwei Positionen
- gefördert durch Mehrheitsentscheidungen und Dominanz
- und durch unkreative Diskussions- und Entscheidungsformen.

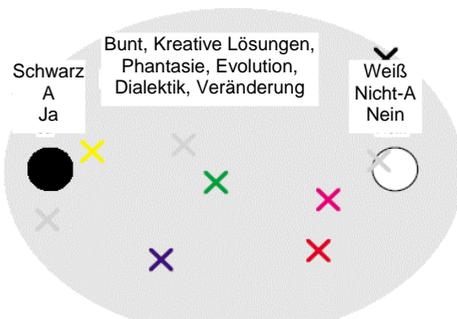
Elite-Herrschaft

Das Plenum ist der ideale Ort für Eliten. Gerade große Runden, formale Gleichheit und die Illusion von Gleichberechtigung ermöglichen subtile Formen von Herrschaft, die typisch für Eliten sind. Das wird sichtbar bei folgenden Fragen: „Wer entscheidet, was auf die Tagesordnung kommt?“ „Wer entscheidet, welche Infos an die Gruppe weitergegeben werden?“ „Wer spricht vor Treffen was ab?“ „Wessen Beiträge beziehen sich ständig aufeinander?“ „Wer hat die Moderation eingesetzt?“ Bei genuiner Betrachtung mit der Herrschaftsbrille fällt auf, dass Elitenzirkel Plena nach Belieben dominieren. Die Illusion von Selbstbestimmung und Gleichberechtigung ermöglicht die Ausübung von informeller Herrschaft.



Denken in Grautönen

- nur zwei Positionen und die Kompromisse dazwischen.
- gefördert durch Konsensentscheidungen, Moderation, große Runden, Basisdemokratie.
- und durch unkreative Diskussions- und Entscheidungsformen.



Kreativität+Autonomie

- unendlich viele Möglichkeiten, auch gleichzeitig.
- gefördert durch Verzicht auf Entscheidungen Aller für Alle.
- und durch kreative Diskussions- und Entscheidungsformen
- sowie durch Beteiligung vieler Personen und Teilgruppen bei
- Verzicht auf Zwang zur Einigung, stattdessen Vielfalt und Solidarität.

Der Zwang zur Entscheidung führt zu Zentralismus und Vereinheitlichung. Offene Prozesse haben ein größeres Kreativpotential.

„Wer entscheidet, welche Infos an die Gruppe weitergegeben werden?“ „Wer spricht vor Treffen was ab?“ „Wessen Beiträge beziehen sich ständig aufeinander?“ „Wer hat die Moderation eingesetzt?“ Bei genuiner Betrachtung mit der Herrschaftsbrille fällt auf, dass Elitenzirkel Plena nach Belieben dominieren. Die Illusion von Selbstbestimmung und Gleichberechtigung ermöglicht die Ausübung von informeller Herrschaft.

Autonomie schaffen

Teilaufgaben können von Kleingruppen autonom erledigt werden. Bewegung und Vernetzung entsteht durch das Nebeneinander vieler Kleingruppen. Transparenz kann durch Zeitungen, Mailinglisten, Infowände und Info-Plena entstehen. Diese sind ebenfalls zur Vernetzung wichtig. Jedoch muss auch Rücksicht auf die Aktionsmöglichkeiten anderer Gruppen genommen werden (Veranstaltungstip für Sylvester: www.jukss.de).

Alternativen schaffen!

Herrschaft ist fast überall. Sie durchdringt sehr leicht gesellschaftliche Subräume. Das lässt die Emanzipation von Herrschaft anstrengend und schwer erscheinen. Das ist es zweifelsohne auch, doch lässt sich die Problematik auch anders auffassen: Weil Herrschaft fast überall stattfindet, kann mensch fast überall herrschaftskritisch eingreifen.

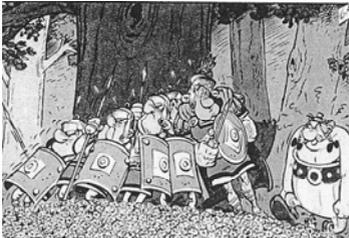


Leben in der Disziplinargesellschaft

Wir leben nicht mehr in einer „Kontrollgesellschaft“. In den wenigsten Fällen steht eine Polizist_In neben uns, um bei Fehlverhalten zu strafen. Im Gegenteil: Die meisten Menschen disziplinieren sich selbst, und meiden z.B. auch in vollen Zügen die 1. Klasse. Es sind oft wir selbst, die Herrschaft in unsere gesellschaftlichen Subräume tragen. Aber das heißt auch, dass diese Gewohnheiten veränderbar sind.

Kulturelle Grammatik...

Ein wichtiger Mechanismus für dieses „Hereintragen“ ist die kulturelle Grammatik. Diese ist wie jede Grammatik ein Regelwerk, das eher unbewusst erlernt und auch benutzt wird, ohne groß darüber nachzudenken. Sie geht allerdings weit über nur sprachliche Probleme hin-



aus. Sie regelt vielmehr das gesamte menschliche Zusammenleben. Sie sorgt dafür, dass sich jed_E in jeder Situation „angemessen“ verhält, also so, dass

es gesellschaftlich akzeptiert wird. So z.B. dass mensch als „Expert_Innen“ konstruierte Personen stundenlang reden lässt, als „Männer“ sozialisierte Personen selten Röcke tragen oder dass mensch bei Gendreck-weg keine religionskritischen Banner aufhängt, wenn der Pastor in der Predigt anti-emanzipatorische Argumente gegen Gentechnik anführt. Wie sich schon andeutet, enthält die kulturelle Grammatik neben Bestandteilen, die Unterwerfungsgesten unter Autoritäten darstellen, auch weitere herrschaftsstabilisierende Elemente.



NutziGems

Ein Schritt, um ungleiche Handlungsmöglichkeiten innerhalb einer Gruppe auszugleichen, kann die Einrichtung einer Nutzer_Innengemeinschaft (NutziGem) sein. Im Kern geht es darum, teure Geräte nicht nur alleine zu nutzen, sondern ein Prozedere zu entwickeln, wie diese von möglichst vielen genutzt werden können. Vom Ordner mit Einträgen, von es was gibt bis zu offenen Büros oder Werkstätten ist vieles denkbar.

www.alltagsalternative.de.vu

Lebensmittelkooperativen

Es gibt viele Wege, um an kostenloses Essen zu gelangen. Im Herbst gibt es Obst sogar völlig gratis. Selbst in Städten findet sich oft ein Plätzchen für einen Gemüsegarten. Clever ist es, die bei Ernte und Konservierung anfallende Arbeit gemeinsam auf viele Schultern zu verteilen. Des Weiteren sei der örtliche Markt kurz vor Schluss empfohlen...einfach fragen. Oder Supermarktcontainer nach Ladenschluss...

...durch die Herrschaftsbrille betrachten

Wenn es gelingt, (Gruppen-) Prozesse durch die „Herrschaftsbrille“ zu betrachten, dann kann nach herrschaftsstabilisierenden Elementen der kulturellen Grammatik in unserem Handeln gesucht und es unter emanzipatorischen Gesichtspunkten verändert werden. Das ist ein andauernder Prozess, der zuerst oder dauerhaft nur graduell erfolgreich sein wird. Doch gerade deshalb ist es wichtig, immer wieder zu reflektieren, die Utopie im Blick zu behalten, und sich nicht in einer punktuell bequemeren gesellschaftlichen Nische zurückzulehnen. Umso wichtiger ist es, sich Gedanken zu machen, wie diese Verbesserungen nicht nur auf das eigene Leben beschränkt bleibt, um eine reale Alternative für Alle darzustellen.



Reflexion und Intervention als Gegengift

Gleichzeitig ist aber dieses beständige Reflektieren und andauernde korrigierende Intervenieren eine der wenigen Möglichkeiten, potentiell das Wiederaufkeimen von Herrschaftsverhältnissen in gesellschaftlichen Subräumen zu erschweren oder zu verhindern. Deshalb ist das Einüben von Interventionsstrategien bereits heute sinnvoll.

Abhängigkeiten verringern

Ein bereits weitergehender Schritt kann es sein, seinen Lebensstil so auszurichten, dass Abhängigkeitsverhältnisse vermieden werden. Dabei ist es wichtig, darüber nachzudenken, wie diese „individuellen Nische“ auch breiten Bevölkerungsschichten potentiell eine Alternative zum Bisherigen aufzeigen kann. Das Potential für gesellschaftliche Wechsel ist tendenziell dort vorhanden, wo die Bevölkerung nicht mehr an das bisherige Regime glaubt, weil es nachhaltige Legitimationsverluste erlitten hat, und die Bewohner_Innen eine als realistisch eingestufte Alternative sehen. Dies lässt sich auch umgekehrt feststellen: Menschen verlassen die sich als linksradikal definierende Subkultur oft deshalb, weil diese Strukturen eben nicht in der Lage sind, ihren Anhänger_Innen realistische (ökonomische) Perspektiven für Alle zu bieten. Kein Wunder, dass viele Menschen Utopien meiden. Umso wichtiger, mit dem Aufbau herrschaftskritischer Alternativen zu beginnen.



Direct-Action-Plattformen

Auch bei Aktionsmaterialien hat es Sinn, diese so einzulagern, dass diese für alle in der Gruppe zugänglich sind, damit alle autonom und selbstständig agieren können. Die theoretische Zugänglichkeit für alle erschwert den Cops die Beweisführung gegen konkrete Personen bei konkreten Vorwürfen. Und auch: „Oh, der Baumarkt ist schon zu“ hat sich mit der DA-Plattform erledigt. www.direct-action.de vu

Gleichberechtigte Diskussionsverfahren

Diesem Gedanken stehen alle Delegationsverfahren (Räte, Vorstände, SprecherInnen) im Weg, denn dies schafft sofort Hierarchien. Auch ist es für gleichberechtigte Teilhabe wichtig, dass nicht Ein E zuständig ist, sondern alle darauf achten, dass etwas funktioniert und bei Problemen Abhilfe schaffen. Ebenfalls sollte direkte Kommunikation genutzt und sich nicht auf Interessensvertreter_Innen berufen werden.

Zentralismus

„Alle entscheiden Alles“, „Das muss das Plenum entscheiden!“ Solche Sprüche zeigen die zentralistische Tendenz von Plena. Wenn alles erst im Plenum besprochen werden muss, verhindert dies Vielfalt, Eigeninitiative und soziale Prozesse. In extrem bürokratischen Vorgängen geht es dann darum, ob z.B. eine Aktion gemacht werden soll oder nicht. Wenn ein Plenum zentrale Entscheidungsgewalt hat, dann entsteht eine Hierarchie zwischen Plenum und Aktiven. Das raubt Autonomie und Selbstbestimmung. Häufig dienen Plena auch der Kontrolle der Basis durch Eliten. Sprüche wie „Das müssen wir erst im Plenum besprechen!“ „Wir müssen uns schon koordinieren!“ sind häufig Zeichen von Angst vor Kontrollverlust. Wo ein Plenum zentrale Entscheidungen trifft, reicht es aus, dieses zu dominieren, um viele Abläufe entscheidend zu prägen. Wenn es keine Zentrale gibt, sondern kleine Runden und Teilgruppen agieren, ist es deutlich schwerer, Zusammenhänge zu dominieren, zu unterwandern oder auch staatlicherseits zu überwachen.

Vereinheitlichung

Plena verbinden Zentralismus mit Zwangskollektivität. Beides wirkt vereinheitlichend. Eine entscheidende Rolle spielt der „Konsensgedanke“. Dieser hat autoritäre Nebenwirkungen: Alle müssen alles entscheiden. Autonome Entscheidungen kann es damit nicht geben. Zudem verengen Abstimmungs- und Konsensverfahren Debatten auf ein „Schwarz/weiß“- Schema (ja oder nein) oder auf Grautöne (Kompromisse). Dies führt zu Vereinheitlichung und „Einheitsmeinung“, anstatt zu kreativen Lösungen, um mehrere Positionen umsetzen zu können. Konsenszwang verhindert zudem Selbstbestimmung: Das Veto einer Person kann z.B. eine Aktion „verboten“.

Religiöses Allheilmittel

Wo Projekte durchs Plenum und alle alles anhören müssen, wird Eigendynamik und Spontaneität abgewürgt. Die Folge ist eine Zwangskollektivität, die Menschen Themen aufzwingt, die sie gar nicht interessieren. Einigungszwang und einengende Atmosphäre ersetzen direkte Kommunikation zwischen Menschen. Oft ist dies schon an der Sprache hörbar: „Es wäre wichtig, dass alle“, „Wollen wir jetzt“, „Es müsste mal Einer“, anstatt „Ich habe Lust auf“, „Ich mache jetzt dies“. Das Plenum am Abend soll alle Konflikte des Tages lösen (von denen viele durch direkte Kommunikation zwischen Menschen sofort zu lösen wären!) und ist damit heillos überfordert. Ein ganz anderer Ansatz ist nötig, bei dem es darum geht, direktes Kommunizieren und Handeln zu fördern und Zentralen und Vereinheitlichung überflüssig zu machen. Mehr Infos und Methoden gegen Hierarchien: www.hierarchie.de/vu

Streit als Fortschritt begreifen

Streit wird oft als Bedrohung für die Gruppe empfunden. Mit der Verklärung von Einheit, Gemeinschaft und Konsens wird Anpassungsdruck erzeugt. Damit werden Kreativität und kritische Positionen verdrängt. Dies stützt oft Hierarchien, da diese nicht thematisiert werden. Aber Streit kann zu neuen Positionen führen. Und kann nicht vieles parallel möglich sein?

Die Texte in dieser Broschüre sind geklaut aus dem im Seitenhieb erschienenem Buch Herrschaftskritik-Analysen. Aktionen. Alternativen, ISBN 978-3-86747-038-4, www.seitenhieb.info

quadratisch. praktisch. theoriestark



Herrschaft
Herrschaft produziert Umweltzerstörung.
64 S., 3,- €



Macht und Umwelt
Zum Zusammenhang von Herrschaft und Umweltzerstörung
64 S., 3,- €

Den Kopf entlasten?
Kritik an vereinfachten Welt-erklärungen.
76 S., 3,- €



Gefangen
Kritik von Gefängnissen und Alternativen zur Strafe.
Im Namen des Volkes
Urteil

Weitere Theoriebüchlein zu je 3 €:
Offene Räume ++ Gentechnik & Macht ++ Gewalt
Kritik der Demokratie ++ Konsumkritik-Kritik

Weitere Hefte zu Widerstand, Aktionstechniken und Herrschaftskritik können unter www.aktionsversand.de bestellt werden.

Warum emanzipatorische Herrschaftskritik?

Von Karl Marx („Diktatur des Proletariats“) über Greenpeace und Attac (G8 Act now!) bis zur Antifa („NPD-Verbot jetzt!“) sind sich alle einig: Der Staat soll handeln. Selbstverständlich als Werkzeug „für das Gute“ in „unser aller Interesse“. Wohin mensch schaut, von Links nach Rechts: Überall der selbe Ruf nach einem möglichst handlungsfähigen Staat, der „es“ richten soll.

Autonom handlungsfähige selbstbestimmt agierende Individuen kommen in fast keinem aktuellen gesellschaftspolitischen Konzept vor. Wie auch? Wenn alle einen Staat zum Durchsetzen ihrer Vorstellungen gegen die Bedürfnisse aller Anderen brauchen, herrscht zumindest in einem Punkt Einstimmigkeit: In der Bejahung der Notwendigkeit der Ausbeutungs- und Zwangsmaschinerie Staat. Somit taucht auch die subversive Frage, ob das Problem nicht gerade darin bestehen könnte, dass Staaten handeln, selten auf. Aber genau das zu hinterfragen, kann bereits der erste Schritt sein.

Inhaltsverzeichnis:

Das Prinzip Herrschaft

Kurze Einführung, Definition und Vergleich verschiedener Herrschaftstechniken und Prinzipien.

Demokratie-Herrschaft jetzt besonders clever...

Eine emanzipatorische Kritik an der sehr effizienten und Herrschaftsform „Volksherrschaft“.

Die Qual der Wahl

Warum „Links wählen“ nicht hilft, sondern das Herrschaftssystem „Demokratie“ erneuert.

Setz die Herrschaftsbrille auf!

Herrschaft findet auch ständig unkritisiert in linken Kreis statt. Der Text möchte sensibilisieren.

Alternativen schaffen!

Wie kann eine herrschaftskritische Politik entwickelt werden?

Die grauen Balken

Im oberen grauen Balken finden sich meistens mit einem Pfeil markierte inhaltliche Ergänzungen **Inhaltliche Ergänzungen**, im unteren Balken geht es meistens um konkrete Aktionen oder Alternativen. Der untere Balken ist über weite Teile als Fliesstext lesbar.